

Ministerin Manuela Schwesig fordert mehr echte Anerkennung für das Ehrenamt

Berlin. Manuela Schwesig (SPD) ist Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Über ihre Pläne im Bereich bürgerschaftliches Engagement sprach mit der SPD-Politikerin unsere Reporterin Anett Baron.

Frau Schwesig, welche Engagementstrategie verfolgt Ihr Ministerium?

Manuela Schwesig: Wer sich engagiert, tut dies oft aus der Überzeugung heraus, etwas für sich und andere verbessern zu können. Deshalb möchte ich mich dafür einsetzen, dass das freiwillige Engagement sichtbarer wird. Entsprechend ist auch die Strategie meines Hauses: Jene, die sich engagieren, auch stärker zu unterstützen. Wir müssen die nötigen Rahmenbedingungen schaffen.

Dabei wollen wir weg von der zeitlich begrenzten, modellhaften Unterstützung einzelner Projekte. Stattdessen wollen wir unsere Engagementpolitik konzentrieren, vernetzen und verstetigen. Wir setzen deshalb verstärkt auf Kooperationen mit Akteuren aus Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Welches sind die aktuellen Vorhaben?

Manuela Schwesig: Da gibt es eine ganze Reihe - zum Beispiel unser neues Programm "Engagierte Stadt". Das Programm baut auf die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesfamilienministerium, fünf Stiftungen und einem Unternehmen. Dadurch unterstützen wir über einen Zeitraum von zunächst drei Jahren Organisationen, die auf lokaler Ebene Engagement fördern. Im Fokus steht das Ziel, vor Ort mit Akteuren aus Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Wirtschaft zu kooperieren und eine flächendeckende Engagement-Infrastruktur zu schaffen. Dabei geht es nicht nur um Fördergelder. Wir stellen den Teilnehmern auch mit einem Beratungs- und Vernetzungsprogramm die gebündelte Expertise der Programmträger zur Verfügung.

Wie sieht es aus mit der Wertschätzung engagierter Bürger? Was tut Ihr Ministerium, um die Anerkennung von Engagement zu stärken?

Manuela Schwesig: Ich finde nicht, dass es genügend Wertschätzung für ehrenamtlich Engagierte gibt. 23 Millionen bürgerschaftlich engagierte Menschen sind 23 Millionen Beispiele für vielfach gelebte Solidarität: im Nachbarschaftstreff, im Sportverein, in der Jugendarbeit oder in religiösen Gemeinden. Sie bauen Brücken zwischen Generationen und Kulturen oder setzen sich für mehr Chancengleichheit ein.

Dieses Engagement ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Für mich gehört dazu auch, den vielen Engagierten in einem feierlichen Rahmen einmal "Danke" zu sagen. Aus diesem Grund fördern wir seit 2009 den Deutschen Engagementpreis, der jeweils am 5. Dezember, dem Tag des Ehrenamts, verliehen wird und der das bürgerschaftliche Engagement stärker ins Licht der Öffentlichkeit rückt.

Was tun Sie, damit bezahlte Arbeit und Ehrenamt unterscheidbar bleiben?

Manuela Schwesig: Viele Engagierte setzen sich in Bereichen ein, in denen sie die Arbeit von professionellen Kräften ergänzen - Beispiel: Pflege. Gerade in diesem Umfeld wird das freiwillige Engagement angesichts des demografischen Wandels ja immer wichtiger. Dort erleichtern die Engagierten das Leben der Pflegebedürftigen, indem sie ihnen viel Zeit und Fürsorge entgegenbringen. Nicht zuletzt entlasten sie damit die Pflegekräfte. Die Grenze zwischen bezahlter und ehrenamtlich geleisteter Arbeit muss aber klar definiert werden. Engagement darf weder in der Pflege noch anderswo zum Lückenbüßer für staatliche Daseinsfürsorge sein.

Welches Projekt liegt Ihnen besonders am Herzen?

Manuela Schwesig: Mit Sorge verfolge ich aktuelle Tendenzen in Deutschland, die sich gegen eine weltoffene, tolerante und friedliche Gesellschaft richten. Hier setzt das neue Bundesprogramm "Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" an.

In diesem Zusammenhang steht zum Beispiel das Projekt "Dialog macht Schule". Studierende werden zu Dialogmoderatoren ausgebildet. Sie begleiten Jugendliche an Schulen in sozialen Brennpunkten ab der 7. Klasse. Das geht über zwei Jahre als eine Art Zusatzangebot zum Regelunterricht.

Die Dialogmoderatoren schaffen neue Zugänge gerade zu den Jugendlichen, die sich oft nicht als Teil dieser Gesellschaft verstehen. Themen wie der Islam, aber auch Religion an sich, Grund- und Menschenrechte, Identität, Heimat, Mobbing und Rassismus können besprochen, vertieft und neu verstanden werden.

Ziel ist es, den Schülerinnen und Schülern Chancen und Wege zur Teilhabe in einer Demokratie aufzuzeigen und sie gemeinsam mit ihnen zu erproben.

Anett Baron / ab

Quelle: Berliner Woche, 10. März 2015